

AfA

Gesprächsreihe
StadtWertSchätzen

SHARING **IV** HERITAGE AND FUTURE

STADTENTWICKLUNG BERLIN UND UMLAND

KATRIN LOMPSCHER

SENATORIN FÜR
STADTENTWICKLUNG UND WOHNEN
BERLIN

GERNOT SCHMIDT

LANDRAT
MÄRKISCH- ODERLAND

STEPHAN ZIMNIOK

BÜRGERMEISTER
GEMEINDE BIRKENWERDER

DR. DOROTHEA GÖTZE

GESCHÄFTSFÜHRERIN
DIALOGFORUM FLUGHAFEN BER

GEORG BALZER

STADTPLANER
AfA - NETZWERK AKTIV
FÜR ARCHITEKTUR

12. September 2018

STADT-UMLAND- KOOPERATIONEN SIND DAS GEBOT DER STUNDE

Georg Balzer eröffnet die Diskussion mit einem Zitat von Katrin Lompscher: „Die Probleme der wachsenden Stadt werden wir langfristig gesehen nicht innerhalb der Berliner Landesgrenzen lösen können. Auch beim Thema Gewerbe, Freiflächen, Mobilität gibt es eine Reihe von Schnittstellen, an denen beide Länder intensiv zusammenarbeiten müssen.“ Der Wohnraumbedarf sei bis 2030 auf 134 000 Wohnungen beziffert. Der Moderator fragt Katrin Lompscher, ob diese Zahlen allein in Berlin zu realisieren seien.

Berlin und Brandenburg bräuchten sich seit jeher als Partner, diese Frage stelle sich nicht nur wegen des Wachstums Berlins, sagt die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen. Auch das Umland wachse und Berlin sollte nicht versuchen,

AKTIV FÜR ARCHITEKTUR

seine Probleme außerhalb der Stadtgrenzen zu lösen. Stattdessen müsse man gemeinsam planen und gemeinsame Vorstellungen erarbeiten: „Stadt-Umland-Kooperationen sind das Gebot der Stun-

ES KOMMT DARAUFG AN, KOOPERATIONSFORMEN ZU ENTWICKELN, IN DENEN MAN SICH AUF AUGENHÖHE BEGEGNEN KANN

Die Gemeinden im Landkreis Märkisch-Oderland wiesen unterschiedliche Einwohnerdichten auf. Gemeinden im Berliner Umland seien demnach stärker besiedelt und würden weiterwachsen, sagt Georg Balzer. „Wie gehen diese Gebiete – insbesondere in Hinblick auf Wohnungsbau – mit dem Wachstum um?“, wird Gernot Schmidt gefragt.

Die Berliner Umlandgemeinden haben keine eigenen kommunalen Wohnungsgesellschaften, diese gebe es nur in Städten wie Straußberg oder Freienwalde, antwortet Gernot Schmidt. Programme, wie Sozialer Wohnungsbau würden in den Umlandgemeinden nicht ab-

Dies liege unter anderem daran, dass zwei unterschiedliche Partner im gleichen Verbund, die eigentlich am selben Strang ziehen sollten, bisher ihre eigenen Wege gegangen seien, erklärt Georg Balzer. Berlin habe sich aus der übergreifenden Planung zurückgezogen und schaue nur auf seine S-Bahn; im Umland ist das Land Brandenburg zuständig.

Man müsse Berlin in Schutz nehmen, wendet Gernot Schmidt ein. Das Land gebe rund 200 Mio.€ eigene Haushaltsmittel in den ÖPNV; Brandenburg jedoch nur 20 Mio.€ und die Landkreise zusammen rund 150 Mio. €.



Auf dem Podium von links nach rechts: Georg Balzer, Gernot Schmidt, Katrin Lompscher, Dr. Dorothea Götze, Stephan Zimniok

de.“ Erschwert werde die Situation jedoch dadurch, dass die Berliner Bezirke größer als die anliegenden Gemeinden sind und es sehr unterschiedliche Verantwortungs- und Akteurskonstellationen gebe. „Berlin und Brandenburg sind strukturell so unterschiedlich, dass es darauf ankommt Kooperationsformen zu entwickeln, in denen man sich auf Augenhöhe begegnen kann.“

VIELE GEMEINDEN SAGEN: WIR WOLLEN KEINEN ZUWACHS MEHR

gerufen werden, weil man dort eher Einfamilienhäuser und keinen Geschosswohnungsbau möchte. Doch „viele Gemeinden sagen: Wir wollen keinen Zuwachs mehr. Und die, die aus Berlin rausziehen, die wollen die Metropole vor der eigenen Haustür im ländlichen Raum. Das ist ein Spannungsfeld.“ Ein weiteres Problem stellen Defizite in der Infrastruktur bzw. dem Personennahverkehr dar, beschreibt Gernot Schmidt.

WIR ERSTICKEN IM VERKEHR

Auch Birkenwerde müsse besser angebunden sein. „Wir ersticken im Verkehr“, sagt Stephan Zimniok. Die Einwohnerzahl der Stadt habe sich seit 1990 fast verdoppelt und es gebe kaum noch freie Flächen. Das habe zu einem Anstieg der Preise geführt, den sich Polizist*innen und Krankenschwestern nicht mehr leisten könnten, führt Stephan Zimniok fort. „Das Unwort des Jahres in Birkenwerder heißt Frohnau 2.0.“



von links nach rechts:
Gernot Schmidt, Katrin Lompscher, Dr. Dorothea Götze

Georg Balzer fragt Dorothea Götze wie das Dialogforum Flughafen BER organisiert sei.

DIE PLANUNGSHOHEIT LIEGT BEI DEN GEMEINDEN

Es gebe 23 Mitglieder, die sich ein Mal im Jahr treffen, antwortet Dorothea Götze. Die Zusammenarbeit erweise sich jedoch als kompliziert. Man gehe von 40.000 neuen Arbeitsplätzen in den nächsten 15 Jahren aus. Auf 1 Mio. Passagiere kämen in etwa 800 Arbeitsplätze. Da müsse natürlich auch Wohnraum geschaffen und der ÖPNV ausgebaut werden, sagt Dorothea Götze weiter. Die Planungshoheit liege jedoch bei den Gemeinden.

Die U7 sollte bis nach Schönefeld verlängert werde, findet Georg Balzer.

Dieser Gedanke sei nicht abwegig, reagiert Katrin Lompscher. Weiter sagt sie, dass das Dialogforum wichtig sei um landesplanerische Leitlinien umzusetzen. Das helfe, den hohen Entwicklungsdruck, der von dem Flughafen ausgehe in räumliche Bahnen zu lenken.

„Warum haben Sie die Orte in den Außenbezirken nicht untersucht und etwas getan?“, wird aus dem Publikum gefragt. In Lichterfelde Süd sei seit 20 Jahren nichts passiert, obwohl es schon genaue Planungen gegeben habe und Anbindung und Infrastruktur bereits gesichert seien.

Die Bauvorbereitungen in Lichterfelde Süd laufen bereits, reagiert Katrin Lompscher. Der Städtebauliche Vertrag sei im Juli unterzeichnet worden. Berlin habe 1998 aufgehört, seine räumliche Zukunft zu denken und erst 2012 wie-

BERLIN HAT 1998 AUFGEHÖRT SEINE RÄUMLICHE ZUKUNFT ZU PLANEN



von links nach rechts:
Dr. Dorothea Götze, Stephan Zimniok

der damit begonnen, führt sie fort. „Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir den Wohnraumbedarf, den wir für Berlin bis 2030 prognostizieren, dass wir dafür den flächenmäßigen Nachweis tatsächlich in Berlin erbringen können. Das ist überhaupt nicht unser Problem.“ Das Problem sei, es in der Kürze der Zeit zu aktivieren und die Entwicklungen zu steuern.

Es folgt eine weitere Frage aus dem Publikum:

„Welche Planungsinstrumente oder auch Taktungen könnten Sie sich vorstellen, damit diese Verzahnungen zwischen Berlin und Brandenburg besser funktionieren?“ Denn sich ein Mal im Jahr zu treffen scheint eher wie ein Tropfen auf dem heißen Stein. Im Grunde müsste man sich ja wöchentlich zusammensetzen.“

Es gebe stabile Arbeitsformen, antwortet Katrin Lompscher. Aus kommunalen Nachbarschaftsforen, die sich häufiger trafen, seien belastbare Arbeitsbeziehungen entstanden. Außerdem gebe es für die Regionalparks neuerdings gemeinsame Vereinbarungen von Berlin und Brandenburg. „Wir haben ganz gut

eingübte Strukturen, wir haben sie verstärkt und auch neue Strukturen hergestellt und was wir jetzt brauchen, ist eine Verständigung über gemeinsame Zielvorstellungen, was sehr kompliziert ist, wie das Dialogforum zeigt.“

Die Verbindlichkeit sei wichtig, ergänzt Dorothea Götze. Das Ziel seien Selbstbindungsbeschlüsse.

**VIEL KOMMUNEN, DIE ALS
BERLIN FERN
BETRACHTET WERDEN,
SEHEN SICH SELBST ALS
BERLIN NAH**

„Das ist meine Aufgabe und auch Aufgabe von Landespolitik, dafür zu werben, auch ab und zu mal den Blick über den Tellerrand hinauszuworfen“, sagt Stephan Zimniok. Viele Kommunen, die als Berlin fern betrachtet werden, würden sich selbst als Berlin nah sehen. Und hätten sie Anschluss an die Regionalbahn, würde dort auch gebaut werden.

Man höre immer wieder, dass es um die Strukturen gehe, lautet ein Einwand aus dem Publikum. „Doch kann man die Probleme mit den aktuellen Strukturen überhaupt lösen?“

„Ich glaube an die Strukturen im Land Brandenburg und ich bin auch ein starker Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung und bin ein Gegner von Zentralprozessen“, sagt Gernot Schmidt.

„Die Frage, die wir uns politisch stellen müssen im Land Brandenburg,

ist nicht: Wie wollen wir verwaltet werden? Sondern: Wie wollen die Menschen regiert werden? Und, da ist natürlich die kommunale Selbstverwaltung, also die eigenen Parlamente, ein ganz wichtiges Element.“

„Der Erfolgsfaktor für eine ‚sinnvolle‘ regionale Entwicklung ist nicht, dass man die Strukturen verändert, sondern, dass man sich auf Ziele einigt, dass man Finanzierungsstrukturen schafft und dass man verlässliche Absprachegremien schafft“, erklärt Katrin Lompscher.

Doch natürlich sei auch Geld ein zentraler, multifunktionaler Faktor, für die Entwicklung der Gemeinden Brandenburgs, wird aus dem Publikum angemerkt. Man brauche sowohl eine zentrale Infrastruktur als auch Arbeitsplätze.

„In Bayern funktioniert die Entwicklung der Gemeinden in der zweiten Reihe

sehr viel besser, weil das Land dort Einrichtungen platziert, die Arbeitsplätze schaffen.“

Finanziell hätte Brandenburg die Mittel, erwidert Gernot Schmidt.

„Wenn sich der Senat und das Land Brandenburg um die schienengebundene Infrastruktur, den ÖPNV und um die Reaktivierung des Netzes im Großraum Berlin von 1920 kümmern, dann ist uns sehr stark geholfen“. ■

AfA - Aktiv für Architektur ist ein agiles und interdisziplinäres Netzwerk, dass die Interessen des Berufsstandes vertritt. Es besteht aus Mitglieder:innen der Architektur, der Stadtplanung, der Landschafts- und der Innenarchitektur. Das Netzwerk mischt sich unabhängig und themenübergreifend ein und kooperiert mit Partner:innen innerhalb und außerhalb der Architektenkammer.